

Urdorf, Zürich und Horgen, 22. Januar 2001

KR-Nr. 24/2001

POSTULAT von Blanca Ramer (CVP, Urdorf), Peter Biemann (CVP, Zürich) und
Stephan Schwitter (CVP, Horgen)

betreffend Rechtsgrundlagen bezüglich Sterbehilfe

Der Regierungsrat wird aufgefordert einen Bericht über die vorhandenen Rechtsgrundlagen
betreffend Sterbehilfe und diesbezügliche allfällige Mängel zu verfassen.

Peter Biemann
Blanca Ramer
Stephan Schwitter

Begründung:

Die neuen Beschlüsse betreffend Beihilfe zum Suizid und die ausgelöste Diskussion über
Sterbehilfe in der Stadt Zürich haben grosses Aufsehen erregt. Die Bevölkerung nicht nur in
der Stadt Zürich sondern im ganzen Kanton, ja sogar in der ganzen Schweiz ist verunsichert.
Hat der Kanton eine Aufsichtspflicht? Wie steht es mit der Rechtsgleichheit innerhalb des
Kantons? Welche Rechtsmittel hat der Kanton jetzt schon und sind diese ausreichend? All
diese Fragen werden uns dauernd gestellt. Es muss eine klare rechtliche Situation geschaf-
fen werden. In dem Patientenrechtsgesetz, das zur Zeit in der Vernehmlassung ist, muss
diesen Punkten besonders Rechnung getragen werden (3. Abschnitt, III, § 33 - § 34). Be-
troffene, Behördenmitglieder und verunsicherte Bürgerinnen und Bürger erwarten dies.

Begründung zur Dringlichkeit:

Die Diskussion ist voll im Gang. Die Bevölkerung ist verunsichert. Wir wollen rasch wissen,
wie sich die rechtliche Situation wirklich präsentiert.